TOP 3.4.1

TALIS 2018 Studie Bildung in Zahlen

TOP 3.4.2

Migration und Flucht im Kindergarten und Schulalltag

TOP 3.4.3

Duale FH-Studiengänge für Berufstätige

TOP 3.4.4

NeulehrerInnenempfang

TOP 3.4.5

Neue Analyse von Miet- und Wohnungspreisen

TOP 3.4.6

Wien wächst – digitale Stadt

TOP 3.4.7

Aktuelle Stadtentwicklungsgebiete

TOP 3.4.8

AK Analyse zu Reisebeschwerden

TOP 3.4.9

Umsetzung von EU-Richtlinien zum Gewährleistungsrecht

TOP 3.4.10

Aktueller Bericht

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Bildungspolitik – Kurt Kremzar

TOP 3.4.1 TALIS 2018 Studie Bildung in Zahlen

Im Frühjahr 2018 nahmen in Österreich 277 SchulleiterInnen der Sekundarstufe sowie 4255 LehrerInnen, die an diesen Schulen unterrichteten, an der internationalen OECD-Studie TALIS (Teaching and Learning International Survey) teil. TALIS untersucht die Rahmenbedingungen des schulischen Lehrens und Lernens aus der Sicht von LehrerInnen sowie SchulleiterInnen. Die Studie wurde in Österreich nach 2008 zum zweiten Mal durchgeführt, sodass zum Teil ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Befragungen möglich ist.

International haben an TALIS 2018 48 Länder, darunter 23 EU-Länder, teilgenommen. Österreich wird im vorliegenden Bericht vorrangig mit den teilnehmenden EU-Ländern verglichen. Die im Weiteren verwendete Abkürzung „EU-23" bezieht sich daher nicht auf alle EU-Länder, sondern nur auf die 23 an TALIS teilnehmenden Staaten.

Ausgewählte Ergebnisse der Studie

Schule im Profil
Auf Schulleitungsebene kam es zwischen 2008 und 2018 zu einer **Angleichung der Geschlechterverteilung** (2018: je 50 %; 2008: 71/29 % Männer/Frauen), auf LehrerInnen Ebene ist der Frauenanteil hingegen annähernd gleichgeblieben. Der Anteil der weiblichen Lehrkräfte ist sowohl 2008 (68 %) als auch 2018 (70 %) höher als der der männlichen (2018: 30 %). Weibliche Lehrkräfte sind in Österreich seltener vollzeitbeschäftigt als männliche (2018: w = 72 %, m = 87 %; 2008: w =74 %; m = 91 %). Im Vergleich zu 2008 sind sowohl mehr ältere als auch mehr jüngere Lehrpersonen im Dienst, wobei die Gruppe der jungen Lehrpersonen (< 29 Jahre) besonders in den allgemeinbildenden Pflichtschulen (NMS) gestiegen ist (von unter 5 % in 2008 auf 16 % in 2018; im Vergleich dazu von etwa 10 % in der AHS 2008 auf etwas über 15 % in 2018).

In Österreich sind **96 % der befragten LehrerInnen mit ihrer Arbeit alles in allem zufrieden** und 93 % arbeiten gerne an der jeweiligen Schule. 88 % der Lehrkräfte würden die Schule, an der sie arbeiten, auch weiterempfehlen. Damit ist die diesbezügliche Zufriedenheit in Österreich deutlich höher als im EU-Schnitt (90 %; 90 %; 84 %). 10 % der österreichischen LehrerInnen stimmen eher oder sehr zu, dass sie gerne an eine andere Schule wechseln würden, wenn dies möglich wäre. Im EU-Schnitt sind es mit 19 % signifikant mehr.

Die **Wochenarbeitszeit österreichischer LehrerInnen beträgt 46 Stunden** (EU-Schnitt: 47). In einer Klasse befinden sich im österreichweiten Schnitt 21 SchülerInnen (NMS: 20; AHS: 22), wobei es in Österreich durchschnittlich 7,4 SchülerInnen (NMS: 7,1; AHS: 8,8) pro LehrerIn gibt (EU-Schnitt: 10,5).

An Österreichs Schulen der Sekundarstufe I gibt es im internationalen Vergleich in Relation zur **Anzahl** der Lehrkräfte **wenig pädagogisch unterstützendes und wenig administratives Personal.** Im Schnitt kommt auf 19 Lehrkräfte eine pädagogisch unterstützende Kraft und auf 15 Lehrkräfte eine administrative Kraft (im EU-Vergleich 8:1 und 7:1).

Aus- und Fortbildung
Österreichische Lehrkräfte **bilden sich im Schnitt etwas häufiger fort** als im EU-23-Schnitt (99 % der Lehrkräfte in AUT haben in den letzten 12 Monaten an einer Fortbildung teilgenommen, im Vergleich dazu sind es im EU-Schnitt 92 %), wobei die Teilnahme an Kursen und das Lesen von Fachliteratur die am häufigsten genannten Aktivitäten darstellen. In beiden Aktivitäten unterscheiden sich AHS- und NMS-Lehrpersonen signifikant (NMS: mehr Kursteilnahme; AHS: mehr Lesen von Fachliteratur).

Unterricht
Die österreichischen Lehrkräfte haben ihren Angaben zufolge **signifikant mehr Erfahrung im Unterrichten multikultureller Klassen** (79 %) als im EU-Schnitt (61 %).

LehrerInnen in Österreich haben im Vergleich zu Lehrerinnen und Lehrern anderer Länder **eher selten eine formelle Ausbildung zum Einsatz von IKT im Unterricht** (Ö: 40 %; Rumänien: 70 %; EU-Schnitt: 53 %). Dabei äußern LehrerInnen an NMS häufiger, für Unterricht mit IKT ausgebildet zu sein als LehrerInnen an AHS (43 vs. 36 %), und jüngere Lehrer/innen (unter 35 Jahre: 67 %) häufiger als ältere (über 35 Jahre: 31 %). Mehr als die Hälfte der österreichischen LehrerInnen (52 %) fühlt sich gar nicht darauf vorbereitet, IKT im Unterricht zu verwenden. Im EU-Schnitt teilen 27 % diese Einschätzung.

Schulleitung
Der Vergleich zu den Aufgaben der Schulleitung ergibt einen (signifikant) **höheren Anteilswert für administrative Aufgaben** und Sitzungen in Österreich (35 %) gegenüber dem EU-Schnitt (30 %). Der Wichtigkeit administrativer Leitungstätigkeiten stimmen Österreichs Schulleitungen 2018 signifikant seltener eher oder ganz zu (2008: 81 %, 2018: 74 %). Die Häufigkeit der pädagogischen Tätigkeiten ist zwischen 2008 (74 %) und 2018 (71 %) hingegen unverändert geblieben. Lehrpersonen nehmen 2018 die Tätigkeiten der Schulleitungen im Durchschnitt deutlich häufiger (61 %) wahr als 2008 (44 %).

Die Ergebnisse der Studie bestätigen die Forderungen der AK nach Personal für Administration und (sozial)pädagogisch, psychologisch und medizinisch unterstützendes Personal für jede Schule. Die PädagogInnen benötigen Unterstützung, um besser auf die individuelle Situation eines jeden Kindes eingehen zu können.

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Bildungspolitik – Oliver Gruber

TOP 3.4.2 Zwei neue Sammelbände von AK und Pädagogischer Hochschule zum Umgang mit "Migration und Flucht im Kindergarten und Schulalltag"

Eine bildungspolitische Kernaufgabe der Arbeiterkammer Wien besteht in der gezielten Unterstützung der PädagogInnen Aus- und Weiterbildung zu Themen mit hoher Wichtigkeit für die AK-Mitglieder. Diesem Anspruch folgend hat die Abteilung Bildungspolitik von 2016 bis 2018 eine Fortbildungsreihe über "Migrations- und Fluchtbewegungen und deren Auswirkungen auf den Schulalltag" abgehalten, die in Kooperation mit der Pädagogischen Hochschule Wien organisiert wurde. Für insgesamt 600 TeilnehmerInnen wurden in 21 Workshops praxisbezogene Informationen aufbereitet und die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch über den Umgang mit Zuwanderung, Flucht und Sprachenvielfalt in Schulen und Kindergärten geboten.

Die Ergebnisse dieser Fortbildungsreihe liegen nun als Sammelbände vor, der zweite Band wurde am 15. Oktober 2019 im Rahmen einer Buchpräsentation an der Pädagogischen Hochschule Wien der Öffentlichkeit vorgestellt. Die beiden Sammelbände stehen den Pädagogischen Hochschulen künftig als Lehrmaterialien für Studierende zur Verfügung, können zudem aber auch von der interessierten Öffentlichkeit beim Broschürenbestellsystem der AK angefordert werden.

Der erste Band hat den schulischen Umgang mit Migrations- und Fluchtbewegungen im Fokus. Er enthält Beiträge zur schulischen Eingliederung geflüchteter SchülerInnen, zur didaktischen Einbindung der Themen Flucht und Asyl im Unterricht, zum Umgang mit Traumatisierung und Fluchterfahrungen sowie nicht zuletzt zur Umsetzung von Alphabetisierung sowie Erst- und Zweitsprachenförderung mit zugewanderten SchülerInnen.

Die Beiträge des zweiten Bandes konzentrieren sich hingegen auf den Kindergarten und die Schnittstelle beim Wechsel in die Volksschule. Im Fokus stehen dabei vor allem die sprachliche Frühförderung in Deutsch in Kindergärten, die Einbindung familiärer Ressourcen und Erstsprachen, die organisatorische und pädagogische Gestaltung des Übergangs von der Elementar- zur Primarstufe sowie die Einbindung des Muttersprachen-Unterrichts und muttersprachlicher Lehrkräfte in der Schule.

Damit trägt die AK Wien dazu bei, dass die im Rahmen der Flüchtlingsbewegungen entwickelten pädagogischen, psychologischen und sozialarbeiterischen Erfahrungen und Empfehlungen für eine breite LeserInnenschaft erhalten bleiben. Dies soll künftig eine systematischere Auseinandersetzung mit dem schulischen Umgang mit Migration anstoßen – denn Diversität ist nicht mehr als Ausnahme von der Regel, sondern als Normalfall des Schulalltags an vielen österreichischen Kindergärten und Schulen anzusehen.

Forderungen der AK:

- Die Themenbereiche Mehrsprachigkeit und Interkulturelle Kompetenz müssen künftig verstärkt in die Curricula der PädagogInnen Aus- und Fortbildung einfließen
- Es braucht intensivere Bemühungen, mehrsprachige Personen für die PädagogInnenausbildung sowie die pädagogische Praxis zu gewinnen

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Bildungspolitik – Olivia Kaiser, Martha Eckl

TOP 3.4.3 Duale FH-Studiengänge für Berufstätige

Die Fachhochschulen feiern heuer in Österreich ihr 25-jähriges Jubiläum. Mittlerweile gibt es mehr als 53.000 FH-Studierende in fast 500 Bachelor- und Master-Studiengängen. Fast die Hälfte dieser Studiengänge wird bereits in berufsbegleitenden Organisationsformen geführt. Seit 2002 gibt es auch duale FH-Studiengänge mit den parallelen Lernorten Hochschule und Unternehmen. Diese Studierenden haben einen Ausbildungsvertrag mit der Fachhochschule, sind in den jeweiligen Betrieben aber auch teilzeitbeschäftigt und damit AK-Mitglieder.
Duale Studiengänge konzentrieren sich momentan auf den technischen Bereich – die Frauenquote ist daher sehr gering. Die FH JOANNEUM hat mit „Produktionstechnik und Organisation" gestartet, in Wien gibt es erst seit 2017/18 einen dualen FH-Bachelor-Studiengang Informatik an der FH Technikum Wien. Die untenstehende Tabelle bietet eine Gesamtübersicht über alle derzeit bestehenden dualen Studiengänge:

Fachhochschule	Standort	Art	Studiengang
FH Technikum Wien	Wien	Ba	Informatik
FH Campus 02	Graz	Ba	Business Software Development
FH Joanneum	Graz	Ba	Produktionstechnik und Organisation
		Ba	Mobile Software Development
		Ma	Engineering and Production Management
FH Oberösterreich	Wels	Ma	Automotive Mechatronics and Management
FH St. Pölten	St. Pölten	Ba	Smart Engineering of Production Technologies and Processes
FH Vorarlberg	Dornbirn	Ba	Elektrotechnik

Quelle: (Plattform Duales Studium Österreich 2019: o.S.)

Geplant ist noch ein weiterer Studiengang „Intelligente Produktionstechnik" an der FH Oberösterreich.

Der Begriff „duales Studium" wird oft missverstanden, weil „dual" im Bildungsbereich vielfältig verwendet wird. Zuletzt hat die Wirtschaftskammer ihre „Duale Akademie" stark beworben. Dabei handelt es sich aber um eine verkürzte Form der Lehre für MaturantInnen und um keine Hochschulausbildung.

Entsprechend der Plattform „Duales Studium Österreich", bei der alle FH-Anbieter von dualen Studiengängen vertreten sind, werden folgende Merkmale für ein duales Studium definiert:

- Mehrmalige Abfolge von Theorie- und Praxisphasen und kontinuierliche Reflexion
- Die Praxisphasen gehen über den üblichen Umfang eines Berufspraktikums in einem FH-Studiengang hinaus, sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch in Hinblick auf die Konkretisierung der Inhalte.
- Der Erwerb curricular definierter Kompetenzen findet an beiden Lernorten statt und ist gekennzeichnet durch die Verknüpfung von Wissenschaftlichkeit und Umsetzungsorientierung.

- Die Aufnahmeverfahren für Hochschule und Unternehmen liegen in der Verantwortung des jeweiligen Partners und sind aufeinander abgestimmt.
- Das Unternehmen muss eine Ausbildungsverpflichtung übernehmen und dafür geeignet sein, die vorgesehenen Studieninhalte zu vermitteln.
- Die Organisation der Theorie- und Praxisphasen stellt die Rahmenbedingungen für eine verträgliche zeitliche Gesamtbelastung für Studierende.
- Die Beziehung der drei Partner Studierende/r, Hochschule und Unternehmen unterliegt verbindlichen Regelungen zur Qualitätssicherung.
- Es besteht eine durchgehende Ausbildungspartnerschaft mit angemessener Vergütung der Praxisphasen im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses, das idealerweise über mindestens zwei Drittel der Studiendauer durchgängig aufrecht ist.

Studie zum Bachelor-Studiengang „Informatik dual" an der FH Technikum Wien

Um dieses neue Studienmodell besser bewerten zu können, hat die AK Wien mit der FH Technikum Wien eine Studie durch das Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung an der Universität Klagenfurt durchführen lassen. Im November 2018 erfolgte eine Online-Befragung der Studierenden der beiden bestehenden Jahrgänge 2017/18 und 2018/19. Außerdem gab es Interviews mit Studierenden, VertreterInnen der FH sowie der rund 15 kooperierenden Unternehmen.

Aus dieser internen Erhebung ergab sich eine Reihe von Erkenntnissen:

- Der Großteil der Studierenden hat eine BHS absolviert und das Studium im Anschluss an die Schule begonnen.
- Die Art und Abfolge der Verzahnung der beiden Studienorte FH und Unternehmen muss verbessert werden.
- Der Wissenstransfer zwischen dem Gelernten an FH und Unternehmen ist oft schwierig.
- Es braucht eine strukturierte Kommunikation zwischen FH und Unternehmen.
- Diese Studienform bedeutet eine hohe zeitliche Belastung für die Studierenden.
- Es gibt unterschiedliche Arbeitsverträge und Entlohnungen. Muster-Arbeitsverträge wären daher sinnvoll.

Forderungen der AK:

- Ausbau des FH-Sektors und verbesserte Angebote für berufstätige Studierende
- Duale Studienangebote auch in nicht-technischen Bereichen
- Evaluierung aller dualen Studiengänge (z.B. Studierendenbefragung) durch das Wissenschaftsministerium in Hinblick auf Studienbedingungen, Arbeitsbelastungen etc.

Link: Plattform „Duales Studium Österreich": www.dualstudieren.at

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Bildungspolitik – Renate Belschan-Casagrande

TOP 3.4.4 Empfang der NeulehrerInnen aus den neuen Mittelschulen, Berufsschulen, berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie den allgemeinbildenden höheren Schulen in Wien

Der diesjährige NeulehrerInnenempfang fand am 23.9.2019 im Bildungszentrum der AK Wien statt. Es war dies bereits der 7. NeulehrerInnenempfang, den die Abteilung für Bildungspolitik durchführte.
Die 130 TeilnehmerInnen sind NeulehrerInnen, die in Wien an den neuen Mittelschulen, Berufsschulen, berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie den allgemeinbildenden höheren Schulen unterrichten. Mit dabei waren aber auch VertreterInnen der Stadt Wien, der Bildungsdirektion Wien, der Schulaufsicht und des Lehrerbildungszentrums der Universität Wien. Wie in den Vorjahren, so waren auch diesmal die Bildungsdirektion Wien und die Pädagogische Hochschule Wien unsere Kooperationspartner.

AK Wien – Anlaufstelle auch für LehrerInnen, wenn es um Serviceangebote geht
Wichtiges Anliegen der AK Wien ist es, bei diesem Empfang den LehrerInnen Respekt und Wertschätzung gegenüber der von ihnen geleisteten Arbeit auszudrücken. Wesentliches Ziel der Veranstaltung ist aber auch, den LehrerInnen die umfangreichen Serviceangebote der AK Wien, die vom Team Arbeitswelt und Schule erarbeitet werden, vorzustellen. Dies geschieht einerseits in Form einer Präsentation, aber auch vor und nach der Veranstaltung können sich die TeilnehmerInnen über Planspiele, Bewerbungstrainings, Workshops, das Bildungsnavi und viele andere Angebote bei den KollegInnen vom Team Arbeitswelt und Schule an Infotischen informieren.

Das Thema „Bildung" hat in der AK einen großen Stellenwert
Präsidentin Renate Anderl begrüßte die TeilnehmerInnen und betonte, dass das Thema „Bildung" in der AK einen sehr hohen Stellenwert hat. Daher sei es ihr auch ein besonders wichtiges Anliegen, sich bei den TeilnehmerInnen für ihren Einsatz und ihr Engagement in dem verantwortungsvollen Beruf zu bedanken. Sie wies auch auf die Arbeit der ExpertInnen in der AK Bildungsabteilung hin, die über das Erarbeiten von Serviceangeboten hinausgeht, wie etwa das Verfassen von Stellungnahmen bei Gesetzen und Verordnungen, das Entwickeln neuer Konzepte wie etwa dem Chancenindex.

Im Anschluss an die Begrüßungsrede von Präsidentin Renate Anderl wurden die weiteren Ehrengäste – Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky sowie Bildungsdirektor Heinrich Himmer – auf die Bühne gebeten. In einem kurzen Podiumsgespräch nahmen beide die Gelegenheit wahr, anerkennende Worte an die NeulehrerInnen zu richten. Präsidentin Renate Anderl betonte, dass die AK vor allem ein Augenmerk darauf richten werde, dass der Druck, den viele ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz verspüren, nicht an die Schulkinder weitergegeben werde. Sie forderte in diesem Zusammenhang den unverzüglichen weiteren Ausbau der Ganztagsschulen, aber auch eine gerechtere Verteilung der Ressourcen an den Schulen auf Basis eines Chancen-Index.

Jugend im Netz – und was LehrerInnen darüber wissen sollten
Ingrid Brodnig, ausgewiesene Expertin, wenn es um Debattenkultur in den sozialen Medien geht, wurde bereits zum zweiten Mal als Gastreferentin eingeladen. Nach ihrem ersten Auftritt in der AK Wien war das Feedback derart großartig, dass wir uns entschlossen haben, Ingrid Brodnig erneut für einen Vortrag einzuladen. Und diese Entscheidung war richtig. In einem spannenden Vortrag, mit zahlreichen Beispielen aus den sozialen Medien, gelang es ihr, den LehrerInnen zu verdeutlichen, welche Bedeutung die sozialen Medien für Jugendliche haben, aber auch welche Strategien es gibt, Jugendliche zu einer kritischen Reflexion im Umgang mit dem Internet anzuregen.

Im Anschluss an ihr Referat und die Diskussion hatten die TeilnehmerInnen die Möglichkeit, sich an Infotischen der Pädagogischen Hochschule Wien sowie des Teams Arbeitswelt & Schule über die konkreten Angebote der AK speziell für LehrerInnen zu informieren, sich beim Buffet auszutauschen und auch mit den Kooperationspartnern in Kontakt zu treten.

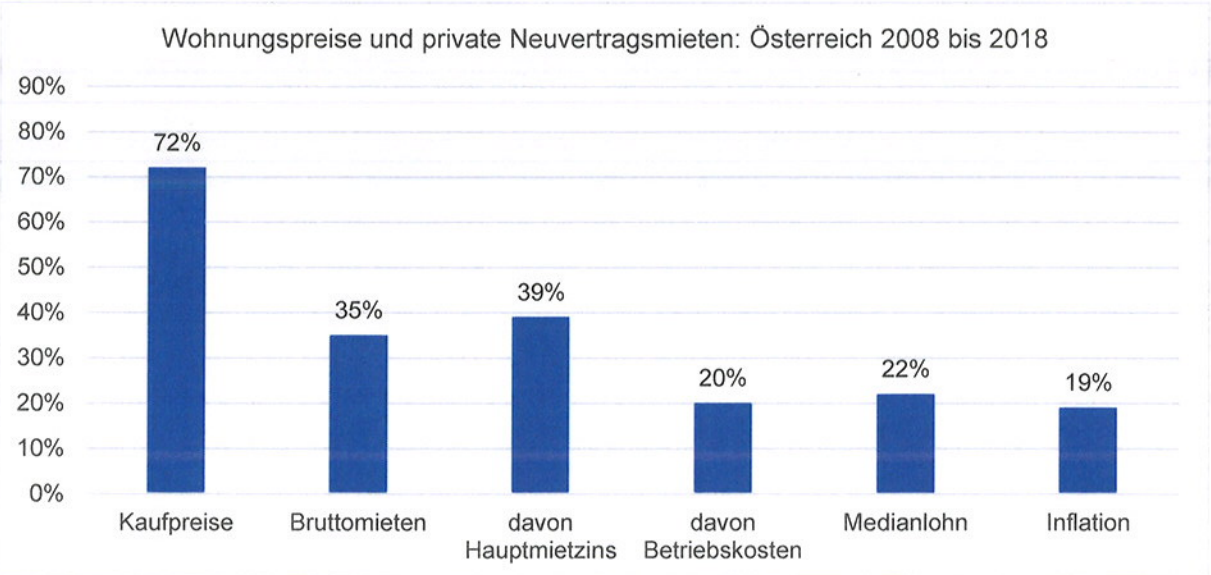
Feedback:
Diese Veranstaltung erhält seit Beginn immer gute Rückmeldungen, da der Ausdruck der Wertschätzung, die Information über die Serviceangebote der AK und das Angebot, ein spannendes Referat zu hören, vonseiten der TeilnehmerInnen sehr gewürdigt werden.
Wir werden diese erfolgreiche Veranstaltungsreihe sicher fortsetzen, allerdings ziehen wir in Erwägung, sie zu einem späteren Zeitpunkt im Schuljahr durchzuführen. Mittlerweile lädt auch die Bildungsdirektion die NeulehrerInnen zu Schulbeginn zu einem Empfang ein. Um Überschneidungen zu vermeiden, werden wir unsere Veranstaltung daher ev. zu Beginn des Sommersemesters anbieten.

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Kommunalpolitik – Lukas Tockner

TOP 3.4.5 Neue Analyse zur Entwicklung von Miet- und Wohnungspreisen

Ende August wurden der Öffentlichkeit neue Zahlen zur Entwicklung der Miet- und Wohnungspreise präsentiert. Diese basieren auf umfangreichen Erhebungen der Statistik Austria und der Österreichischen Nationalbank. Aktuell ist es mit diesen Datenquellen möglich, einen zehnjährigen Vergleich anzustellen.
Die Analyse wurde bewusst vor der heißen Phase des Nationalratswahlkampfes präsentiert. Einerseits sollte das wichtige Thema Wohnen und Wohnkosten aufgegriffen werden. Andererseits war intendiert, Fakten zu präsentieren, die eine sachliche Diskussion ermöglichen.

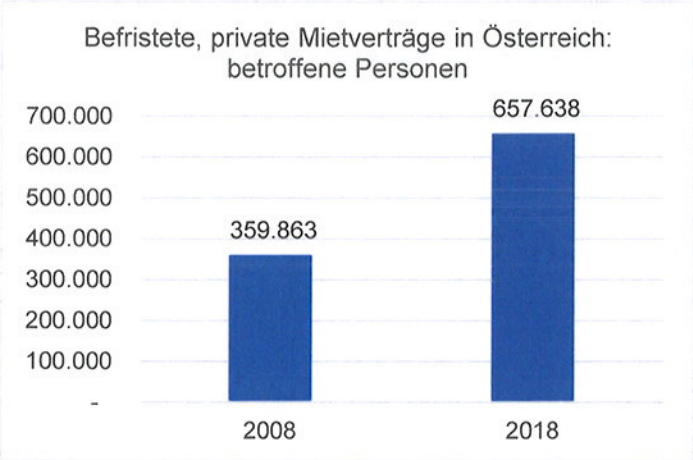
Ergebnisse in Österreich und den städtischen Ballungszentren
Die wesentlichen Resultate der Analyse sind in den drei folgenden Grafiken zusammengefasst. Sowohl für ganz Österreich wie auch für Wien zeigt sich, dass die Kosten von neuen Mietverträgen im privaten Segment deutlich stärker gestiegen sind, als der mittlere (Brutto-)Lohn und die allgemeine Teuerung. Dieser überproportionale Anstieg ist vollständig auf höhere Hauptmietzinse zurückzuführen. Die Betriebskosten sind sowohl in österreichweiter wie auch bei regionaler Betrachtung im Ausmaß der Inflation gestiegen. Schließlich ist festzustellen, dass die Kaufpreise von Häusern und Wohnungen wiederrum deutlich stärker gestiegen sind, als die privaten Neuvertragsmieten.



Quelle: Österreichische Nationalbank, Mikrozensus – Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, AK Berechnungen.

Die Preissteigerungen waren in Wien durchwegs spürbar höher als im österreichischen Durchschnitt. Die Ergebnisse für Wien stehen exemplarisch auch für andere österreichische Ballungszentren mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Insbesondere Salzburg und Innsbruck sind hier zu nennen. Aufgrund der Fallzahlen in den genannten Erhebungen ist aber nur für Wien eine separate Analyse möglich.

Der Themenbereich befristete Mietverträge wurde ebenfalls umfassend analysiert.



Quelle: Mikrozensus – Statistik Austria, AK Berechnungen.

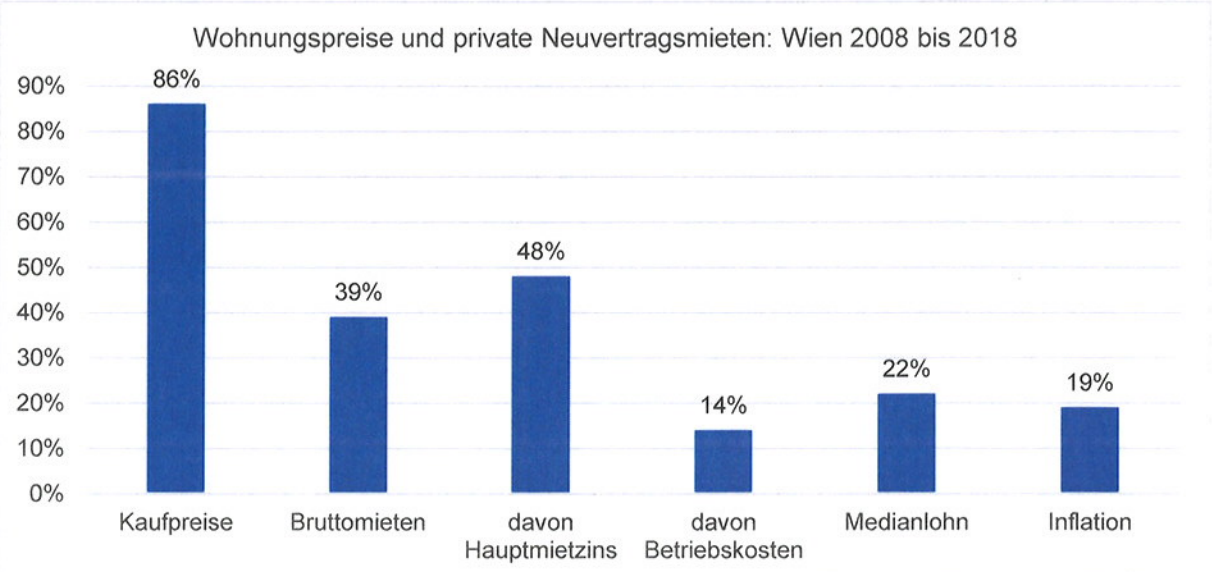
Dabei zeigt sich, dass im privaten Segment zuletzt bereits über 650.000 Menschen in Österreich lediglich einen befristeten Mietvertrag hatten. Im zehnjährigen Vergleich hat sich die Anzahl der Betroffenen um beinahe 300.000 Personen erhöht.

Bei den neuen Mietverträgen im privaten Segment ist es weiterhin so, dass deutlich überwiegend befristet vermietet wird. Österreichweit wurden zuletzt 70 von 100 neuen, privaten Mietverträgen mit Befristung abgeschlossen.

Eine erläuternde Anmerkung dazu: wenn befristete Verträge verlängert werden, wird das im Mikrozensus als neuer Mietvertrag gewertet. Das ist auch korrekt – nicht zuletzt deshalb, weil bei dieser Gelegenheit häufig seitens der Vermietenden ein höheres Entgelt gefordert wird. Im Umkehrschluss heißt das aber, dass nicht für jeden neuen befristeten Mietvertrag im privaten Segment ein Wohnungswechsel stattfinden muss. Es ist davon auszugehen, dass Vertragsverlängerungen einen erheblichen Anteil an den gesamten privaten Neuverträgen haben.

Breite Berichterstattung in den Medien

Präsidentin Anderl war anlässlich der Veröffentlichung der neuen Wohnkostenanalyse im Mittagsjournal von Ö1. Über die zeitgleich veröffentlichte Presseaussendung wurde in einer Reihe von Tageszeitungen wie der Krone, dem Kurier oder auch der Tiroler Tageszeitung umfangreich berichtet.



Quelle: Österreichische Nationalbank, Mikrozensus – Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, AK Berechnungen.

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Kommunalpolitik – Peter Prenner

TOP 3.4.6 Wien wächst – digitale Stadt

Digitalisierung ist das Schlagwort der Stunde. Auch und vor allem ist das Leben in der Stadt von Digitalisierung geprägt – sei es die Verkehrs-App, die die Abfahrt der nächsten Straßenbahn anzeigt, die Überwachungskamera, die in Echtzeit Gesichter erkennt, das digitale Amt, das Wege erspart oder das Nachbarschaftsnetzwerk, das dabei hilft, die nächste allgemein verfügbare Bohrmaschine auszuleihen.

Digitalisierung wird oft in Zusammenhang mit Wachstum, Zukunftsfähigkeit, Innovation und Technologie als tragfähiges Stadtentwicklungs-Konzept präsentiert. Dabei wird Digitalisierung als innovativer, nachhaltiger, ressourcenschonender Weg ins 21. Jahrhundert gesehen. Daneben gibt es aber auch durchaus berechtigte Stimmen, die auf kritische Aspekte und Gefahren hinweisen. Hier stehen Fragen des Datenschutzes, der Demokratie, der Privatisierung städtischer Infrastrukturen und des öffentlichen Raumes oder der Exklusion bestimmter Personengruppen im Vordergrund. In diesem Spannungsfeld versuchte die am 24. September stattgefundene Stadttagung „Wien wächst – digitale Stadt" Fragen der Auswirkungen des fortschreitenden Digitalisierungsprozesses auf die Bundeshauptstadt zu diskutieren.

Die Stadttagung „Wien wächst – digitale Stadt" war mittlerweile schon die siebente Veranstaltung in der sehr erfolgreichen AK-Reihe „Wien wächst". Die AK setzt sich darin nicht nur mit Problemlagen auseinander, mit denen sich die Bundeshauptstadt in den unterschiedlichsten Themenbereichen konfrontiert sieht, sondern versucht auch in konstruktiver Form Lösungsstrategien zu erarbeiten.

Als Vortragende konnten nationale wie auch internationale ExpertInnen, sowohl aus der Wissenschaft wie auch aus der Praxis und ExpertInnen aus der Verwaltung der Stadt Wien gewonnen werden. Ihre Expertise wurde von den jeweiligen FachreferentInnen der Abteilung Kommunalpolitik aufgegriffen und mit den Positionen der Arbeiterkammer konfrontiert.

Unmittelbar an die Eröffnung von AK-Direktor Klein, der in seiner Rede vor allem den AK Schwerpunkt „digitaler Wandel der Arbeitswelt" hervorstrich und diesbezüglich auch den „AK-Digi-Winner" vorstellte und bewarb, schloss Magistratsdirektor Hechnter seine Grußworte von der Stadt Wien an. Er stellte insbesondere das vielfältige Angebot an digitalen Leistungen der Stadt Wien in den Mittelpunkt seines Vortrages.

Als Keynotespeaker konnten der international renommierte Digitalisierungsexperte Evgeny Morozov gewonnen werden. Er ist Autor mehrerer Digitalisierungs-Bestseller wie zB „The Net Delusion" oder "To Save Everything, Click Here" und schreibt eine regelmäßig erscheinende Kolumne im „Guardian", in der er sich in sehr kritischer Form mit den sozial und ökonomisch unerwünschten Auswirkungen von Digitalisierung auseinandersetzt. Auch in seinem Redebeitrag auf unserer Stadttagung ging er hart ins Gericht mit Google, Amazon und Uber und strich insbesondere die wichtige politische Rolle von Städten hervor, die sich keinesfalls den Wünschen und Verlockungen der transnational agierenden Digitalisierungskonzerne unterwerfen, sondern vielmehr verstärkt versuchen sollten, digitale Autonomie zu bewahren und regulatorisch dort einzugreifen, wo das Wohl der Allgemeinheit in Gefahr ist. Thomas Ritt schloss mit seinem Redebeitrag die Eröffnungsrunde ab und versuchte darin das Thema Digitalisierung

nicht nur historisch einzubetten, sondern auch die vielfältigen Auswirkungen des digitalen Wandels auf die Stadt in der Gegenwart sowie die Notwendigkeit den Wandel aktiv zu gestalten zu thematisieren.

Der weitere Ablauf der Stadttagung war dann in drei Themenblöcke unterteilt, in denen Konsum, Leben und Verkehr in der digitalen Stadt verhandelt wurden. Zu jedem Themenblock kamen jeweils drei ReferentInnen zu Wort. Im Anschluss daran wurde jeweils eine Diskussionsrunde mit dem Publikum durchgeführt. Diesbezüglich erwähnenswert ist, dass im Rahmen einer AK-Stadttagung erstmals ein digitales Diskussionstool zur Strukturierung der Publikumsdiskussion verwendet wurde. Durch den Einsatz von *sli.do* konnten alle Anwesenden mittels Mobiltelefon, Tablet oder Laptop an der Diskussion teilnehmen und Fragen an die Vortragenden formulieren. Für sogenannte „OfflinerInnen" gab es zusätzlich die – analoge – Alternative, ihre Fragen auf vorbereitete Zettel zu schreiben. Diese wurden dann von der Diskussionsmoderatorin in das Diskussionstool eingespielt. Als erstes Fazit kann festgehalten werden, dass *sli.do* vom Publikum sehr rege genutzt wurde, die Struktur des Diskussionsprozesses sich im Vergleich zur analogen Variante deutlich verbessert hat und die sonst oft üblichen langatmige Co-Referate aus dem Publikum ausgeschlossen wurden. Insgesamt hat der Einsatz von *sli.do* die Diskussionskultur somit deutlich verbessert.

Insgesamt nahmen an der Stadttagung „Wien wächst – digitale Stadt" etwa 270 Personen teil. Die Veranstaltung war aber nicht nur für das im BIZ anwesende Publikum, sondern auch online mitzuverfolgen. Die beiden Eröffnungsreden, die Keynote sowie der einleitende Vortrag von Thomas Ritt wurden mittels Live-Stream auf YouTube übertragen. Ebenfalls bestand die Möglichkeit auf Twitter über die Veranstaltung zu diskutieren. Weiters berichtete auch Ö1 in der Sendung *Digital.Leben* über die AK Veranstaltung.

Die auf der Stadttagung präsentierten Vorträge sowie das Video des Live-Streams stehen allen Interessierten auf der Website der AK-Wien unter: https://wien.arbeiterkammer.at/digitalestadt zur Verfügung.

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Kommunalpolitik – Christian Pichler

TOP 3.4.7 Aktuelle Stadtentwicklungsgebiete

Berresgasse (1220)

Im 17ha großen Stadtentwicklungsgebiet Berresgasse werden bis 2022 rund 3000 Wohnungen errichtet, davon 2500 Wohnungen als geförderte Mietwohnungen und 230 Gemeindewohnungen. Ergänzend werden zur Wohnnutzung Geschäftslokale entwickelt. Für die notwendigen Schul- und Kindergartenplätze wurden bereits im Vorfeld Vorsorge getroffen und der Bildungscampus Berresgasse mit einem zwölf-gruppigen Kindergarten, einer siebzehn-klassigen Ganztagsvolksschule, einer zwölf-klassigen ganztägigen Neuen Mittelschule sowie zwei Förderklassen und zwei basalen Klassen samt Therapiebereich, Dreifachturnhalle und Gymnastiksaal errichtet. Im städtebaulichen Konzept sind insgesamt circa 19.100 Quadratmeter für den Campus und die mehrfach nutzbaren Freiflächen reserviert.

Quelle: Stadt Wien

Offenheit für bauplatzübergreifende Konzepte soll das Quartier charakterisieren.

Der neue Stadtteil soll im Inneren weitgehend autofrei sein, mit Sammelgaragen an den Rändern. Er soll anstatt eingezäunten privaten Gärten, großzügige Grün- und Freiräume bieten, die leicht erreichbar sind und von allen genutzt werden können.

Neu-Leopoldau (1210)

Die Umnutzung des ehemaligen Gaswerkareals unter Einbeziehung des historischen Bestandes zu einem gemischt genutzten Stadtteil befindet sich bereits in Umsetzung. Im September 2019 wurden bereits die ersten Wohnbauprojekte fertiggestellt. Auf 13,5 ha sollen im Endausbau bis 2022 rund 1.400 Wohnungen, davon rund 1.000 geförderte Wohnungen errichtet werden. 70.000m² Gewerbeflächen sollen die Wohnnutzungen ergänzen und Platz für einen Gewerbehof mit Kleingewerbe gewährleisten. Dieser soll im ehemaligen Werkstättenhof des Gaswerks untergebracht werden und Platz für revitalisierte Gewerbeflächen von 30m² bis 325m², gesamt 4.000m² bieten.

Werkstättenhof:

Quelle: eigene Erhebung Bestand, IBA Wien/b18 architekten

Das Stadtteilmanagement der Gebietsbetreuung Stadterneuerung begleitet die Entwicklungen in beiden Stadtentwicklungsgebieten, als auch in der Nachbarschaft. Ziel ist es, das „Zusammenwachsen" zwischen Neubaugebiet und gewachsenem Stadtteil und damit ein Miteinander zu fördern. Aufgabe des Stadtteilmanagements ist es frühzeitig vor Ort über Veränderungen und aktuelle Entwicklungen zu informieren, die BewohnerInnen aktiv einzubinden, Ideen und Anregungen aufzunehmen, lokale AkteurInnen zu vernetzen und mit fachlichem Know-how zu unterstützen.

Bewertung aus Sicht der AK:

Beide Projekte zeichnen sich bereits jetzt in der Umsetzungs- und Realisierungsphase durch Zielvorstellungen aus, die seitens der AK immer wieder eingefordert wurden:

- Prozesse begleiten
  Stadtteilmanagement unterstützt die Entwicklung, Realisierung und Besiedelung
- Altes und Neues verbinden
  Die Planung achtet darauf, dass auch die Alteingesessenen – die Nachbarn – etwas von der Veränderung haben. Welche Synergien gibt es mit der Nachbarschaft?
- Innovative Konzepte der einzelnen Bauvorhaben werden als Nutzen für den gesamten Stadtteil konzipiert

Die getroffenen Zielvorstellungen für die Entwicklung sind nachvollziehbar. Die deutliche Dominanz von gefördertem Wohnbau ist ein wichtiger Schritt zur Schaffung leistbaren Wohnraums.

Die Einbettung in die Umgebung, die Vorsorge von sozialer Infrastruktur (Schulcampus, Kindergärten...), die angestrebte hohe Qualität im öffentlichen Raum und die gute Grünraumversorgung kann dazu beitragen lebenswerte Stadtviertel mit sozialer Durchmischung entstehen zu lassen. Der Fokus auf die Schaffung von betrieblich genutzter Strukturen in Neu Leopoldau eröffnet darüber hinaus die Möglichkeit bestehende Einrichtungen zu ergänzen, Synergien zu nutzen und Arbeitsplätze zu schaffen. In der Realisierungsphase müssen jedenfalls diese Zielvorstellungen übernommen werden und die Anbindung an – in der Nähe liegende – primäre Linien des öffentlichen Verkehrs (S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn) noch weiter optimiert und verbessert werden. Insbesondere muss die tatsächliche bauliche Realisierung auch vertraglich (zwischen Stadt Wien und Projektentwicklern) sichergestellt werden.

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Konsumentenpolitik – Gabriele Zgubic

TOP 3.4.8 AK Analyse zu Reisebeschwerden

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) wertete im Auftrag der AK eingegangene Urlauberbeschwerden von Mitte Juni bis Ende Juli im Detail aus. In diesem Zeitraum langten 366 Anfragen mit 479 Problemen zum Thema Reisen ein.

Die Spitzenreiter waren überbuchte, gestrichene oder verspätete Flüge und mangelhafte Leistungen, etwa schmutzige Hotels, defekte Ausstattungen oder Lärm. Auch Internetbetrug mit Ferienhäusern in Spanien und unseriöse Webseiten für Reisedokumente waren Anlass zur Beschwerde. Auffällig waren Laudamotion und Wizzair, die mit ihrer Check-in Gebühr für Ärger bei den Reisenden sorgte.

Von den 479 Urlaubsbeschwerden drehte sich rund jede dritte um Flüge. Dabei ging es meist um verspätete, annullierte oder überbuchte Flüge, auch nicht angekommenes oder verspätetes Gepäck waren ein Thema. Zusätzlich gab es zahlreiche Beschwerden alleine zu den Check-in Gebühren von Laudamotion und Wizzair. Gegen diese Gebühren geht derzeit die AK mit Klagen vor.

Rund 13 Prozent der Beschwerden gingen auf mangelhafte Leistungen zurück. Davon beklagten sich rund 44 Prozent über ihre Unterkunft – Schmutz, Schimmel, dürftige Ausstattung. Beklagt wurde auch der Lärm – Baustellen in oder nahe der Unterkunft.

Rund jede/n Zehnte/n beschwerten sich über Leistungsänderungen vor der Abreise. Dabei ging es in erster Linie um Pauschalreisen, zum Beispiel geänderte Flugzeiten oder andere Hotelunterkünfte als versprochen.

Knapp 17 Prozent hatten unterschiedlichste Probleme. Sie beschwerten sich etwa über Online-Betrug bei Feriendomizilen. Die UrlauberInnen buchten und zahlten das Quartier, dann waren die Vermittler nicht mehr erreichbar, und es gab auch kein Ferienhaus. Ärger mit unseriösen Webseiten, die überteuerte oder ungültige Reisedokumente ausstellten, erhitzten ebenfalls die Gemüter. Außerdem gaben Mietwagenfirmen Anlass zu Ärger, so wurden etwa nicht gewollte Zusatzversicherungen verrechnet.

Ebenso nervten Stornos – vor allem bei Flugstornos die Verweigerung der Rückerstattung von Steuern und Gebühren.

Die Reisen wurden zu 82 Prozent online gebucht, über Reiseportale, Reiseveranstalter, Fluglinien oder sonstigen Unternehmen wie Mietwagenfirmen oder Hotels.

Bereich Bildung, Wien, Konsumenten – Aschauer-Nagl
Abteilung Konsumentenpolitik – Gabriele Zgubic

TOP 3.4.9 Veranstaltung zur Umsetzung von EU-Richtlinien zum Gewährleistungsrecht

Am 20. September 2019 fand in der AK Wien eine konsumentenrechtliche Veranstaltung statt: „Die EU als Motor im Verbraucherschutz - Die Umsetzung der Gewährleistungsrichtlinien aus Verbrauchersicht".

Es wurde auf die 40-jährige Geltung des Konsumentenschutzgesetzes hingewiesen sowie auf die Bedeutung der EU im Verbraucherrecht durch einen Gastvortrag von Mag Ursula Pachl, Vizedirektorin von der BEUC, dem europäischen Dachverband der nationalen Konsumentenschutzorganisationen, in dem auch die BAK Mitglied ist. Schwerpunkt dieser Veranstaltung bildete allerdings die Präsentation des von der AK Wien beauftragten Gutachtens zu Auslegungsfragen und Umsetzungsoptionen von zwei Gewährleistungs-Richtlinien, die im Mai veröffentlicht wurden und nun in österreichisches Recht umzusetzen sind: Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs und Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen. Diese Richtlinien müssen bis 1.7.2021 in nationales Recht umgesetzt und ab 1.1.2022 angewandt werden.

Gegenstand des Gutachtens ist die Untersuchung der Vorgaben der beiden Richtlinien vor dem Hintergrund der bisherigen österreichischen Rechtslage, die Herausarbeitung von Umsetzungsoptionen sowie die Erstattung konkreter Vorschläge, wie diese im österreichischen Recht bestmöglich ausgestaltet und umgesetzt werden können, um eine friktionsfreie Einbettung in das System des nationalen Zivil- und Verbraucherrechts zu gewährleisten.

Die wesentlichen Verbesserungen aus Konsumentensicht:

- Längere Gewährleistungsfristen möglich
- Frist der Beweislastumkehr mindestens 1 Jahr
- Möglichkeit, ein Rückgaberecht festzulegen, wenn ein Mangel binnen 30 Tagen auftritt
- Außergerichtliche Geltendmachung der Gewährleistung ausreichend
- Verbrauchererwartung an Haltbarkeitsdauer relevant
- Einbeziehen von Plattformbetreibern in Gewährleistungshaftung
- Update-Verpflichtung des Unternehmers

Die Verhandlungen zur Umsetzung in Österreich werden voraussichtlich im Herbst 2019 im Justizministerium beginnen. Es ist damit zu rechnen, dass vor allem die Wirtschaft mit dem Grundsatz „Kein Goldplating" eine für sie möglichst vorteilhafte Umsetzung erreichen möchte. Das Gutachten soll somit auch dazu dienen, in den Verhandlungen mit guten juristischen Argumenten gerüstet zu sein andererseits, dass es auch ein rechtswissenschaftliches Gegengewicht im Sinne der KonsumentInnen gibt das in der (Fach)Öffentlichkeit wahrnehmbar ist. Das Gutachten wird im Manz-Verlag veröffentlicht.

Das Rechtsgutachten zeigt Optionen und Klarstellungsbedarf auf, die genutzt werden sollen:

- Generelle Verlängerung der Gewährleistungsfrist.
- Verlängerung der Beweislastumkehr von derzeit sechs Monaten auf zwei Jahre.
- Rücktrittsrecht binnen 30 Tagen, wenn in diesem Zeitraum ein Mangel auftritt.
- Für eine Mängelerhebung dürfen keine Kosten verrechnet werden.
- Eine Reparatur muss sofort durchgeführt werden – das Einschicken zum Hersteller ist nicht unverzüglich.
- Kann eine Reparatur nicht unverzüglich erfolgen, muss ein Ersatzgerät zur Verfügung gestellt werden, das Geld zurückgegeben oder neue Ware ausgehändigt werden.
- Zeigt sich ein Mangel erst nach zwei Jahren (versteckter Mangel), soll der Konsument ab Kenntnis des Mangels noch die Möglichkeit haben, Gewährleistung geltend zu machen.
- Mehr Haftung für den Hersteller: Damit nicht nur der Händler mit den Gewährleistungspflichten belastet ist, soll eine ergänzende Haftung des Herstellers eingeführt werden.
- Es braucht eine umfassendere Verbandsklage, um wirksame Kontrollen der Richtlinienbestimmungen sicherzustellen und unnötige Lücken von Vertrags- und Datenschutzrecht zu vermeiden.
- Die Umsetzung der Richtlinien soll hauptsächlich im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch erfolgen. Vorteil: Vermeidung von Rechtsschutzlücken und ein möglichst einheitliches Gewährleistungsrecht für sämtliche Vertragstypen.

An der Veranstaltung haben rd 45 Personen teilgenommen ua von Ministerien, Rechtsanwälten, VKI, Wirtschaftskammer und Länderkammern. Im Anschluss gab es noch Gelegenheit zum Netzwerken.